

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 65 Pf. pro Woche, 3,50 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
60 Pf., Reklamezeile 3 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Deutsche Notlasten.

Die Ausgaben für Sozialzwecke — Stegerwald berechnet.

Der Haushaltsausschuss des Reichstags befahte sich am Mittwoch mit dem Etat des Reichsarbeitsministeriums. Abg. Reil (Soz.) beantragt für diesen im Brennpunkt der politischen Erörterungen stehenden Etat auch die erforderliche Zeit zur Verfügung zu stellen und deshalb bereits heute eine Abend Sitzung abzuhalten. Die Beschlusfassung über den Antrag wurde bis zum Ende der Sitzung zurückgestellt.

Abg. Aufhäuser (Soz.)

weist als Berichterstatter einleitend darauf hin, daß aus dem vom Ministerium vorgelegten Material über die Sozialversicherung, die Fürsorge und das Versorgungswesen das juchende Ausmaß jener Schäden an der Volksgesundheit ersichtlich ist, die auch heute noch als Auswirkung des Krieges bestehen. Angesichts der wachsenden sozialen Notstände müsse der Haushaltsausschuss ernstlich prüfen, ob die Ausgabeverminderung im Etat des Reichsarbeitsministeriums von insgesamt 129 Millionen Mark tragbar sei, ohne daß die Sozialpolitik materiell eingeschränkt und die Arbeitsfähigkeit des Ministeriums beeinträchtigt werde. Er dankt dem Reichsarbeitsminister Wiffell, der es in der Berichtsperiode verhindert hat, daß die bestehenden sozialen Errungenschaften abgebaut werden konnten. Bei den Einnahmen des Ministeriums seien die Hebung der Reichsbeiträge und die Hausdruckerei als wirtschaftlich günstig anzusehen. In den Ausgaben ist schon nach den Kürzungen von 1929 die äußerste Sparsamkeit festzustellen. Weitere Einschränkungen seien bedenklich, es sei auch falsch, nur durch mechanischen Personalaussparungen zu wollen, wirkliche Ersparnisse hätte die Verminderung der Zahl an Behörden gebracht, wie sie durch die Auflösung von Hauptverwaltungsämtern und die Zusammenlegung der Schlichtungsbehörden eingetreten ist. In der Personalfrage müsse festgestellt werden, daß sowohl bei den höheren wie bei den übrigen Beamten starke Ungleichheiten zwischen dem Reichsarbeits- und den übrigen Reichsbehörden zuungunsten des Reichsarbeitsministeriums vorliegen. In den eigentlichen sozialen Ausgaben ergebe sich durch die Kürzung des Reichszuschusses zur Familienwochenhilfe ein Fehlbetrag von mindestens 10 Millionen Mark, den die Krankenkassen ohne Belastung der Versicherten kaum aufbringen könnten. Die Kürzung der Zollerüberweisungen an die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen Mark, der Ausfall für die Invalidenversicherung aus der Aenderung der Vergütung, müßten die ohnehin finanziell stark gefährdete Invalidenversicherung weiterhin bedrohen.

In der Arbeitslosenversicherung zeige der neue Etat überhaupt keine Sanierung. Die vorgesehenen Mittel reichen noch nicht aus, um die Unterhaltung bei einem Erwerbslosendurchschnitt von 1,2 Mill. zu decken. Es fehlen also mehrere 100 Mill. Mark für das Jahr 1930. Der eingelegte Vorschlag bringe weder für das Reich, noch für die Reichsanstalt irgendeine Deckung. Die für die Krisenfürsorge vorgesehenen 150 Mill. reichen knapp für 200000 Unterstühten, auch hier zeige der Etat keinerlei Lösung. Der Berichterstatter richtete an das Reichsarbeitsministerium die Frage, wie hier eine Deckung geplant ist. Die für die produktive Erwerbslosenfürsorge vorgesehenen 55 Mill. seien ganz unzulänglich, wenn irgendeine Regulierung der Konjunktur durch Arbeitsbeschaffung erreicht werden soll. Auch der Landarbeiterwohnungsbaue wäre hier aufs äußerste gedrosselt. Der Berichterstatter richtet weiter an das Ministerium die Frage, ob die bisherige Lösung für die Entsendung der sozialpolitischen Referenten ins Ausland genüge. Er habe den Eindruck, daß die Delegationen nur zu kurze Zeit im Ausland verweilen können. Bei der Gestaltung des Gesamtetats dürfe man sich nicht auf eine Rechnungsprüfung beschränken, zumal noch große gesetzgeberische Aufgaben bevorstünden. Die Gestaltung des Arbeitsetats sei der Gradmesser, inwieweit der Reichstag gewillt ist, Menschenökonomie zu betreiben.

Abg. Schlaf (Z.) ergänzt als Mitberichterstatter die vorstehenden Ausführungen und wünscht Nachprüfung, ob weitere Ersparnisse im Arbeitsetat zu machen sind.

Stegerwalds Berechnungen.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald: Gegenwärtig treten an den Reichsarbeitsminister vier Gruppen heran mit Wünschen, die größere Mehrausgaben erfordern würden, und zwar die Arbeitslosen, bestimmte Gruppen der Invalidenrentner, die Kleinrentner und die Kriegsbeschädigten. Auf der anderen Seite werden mit dem gleichen Nachdruck Forderungen nach Ersparnissen, auch beim Sozialetat aufgestellt. Ich habe mich daher in den letzten Wochen bemüht, einmal der deutschen öffentlichen

Ausgabenwirtschaft nachzugehen und zu prüfen, ob sich nicht ein Weg finden lasse, mit dem sowohl den Wünschen der Wirtschaft nach Erleichterung, wie auch jenem der sozialbedrängtesten Volksschichten nach besserer Fürsorge sich Rechnung tragen lasse. Dabei habe ich festgestellt, daß die öffentlich-rechtlichen Gesamtausgaben (Reich, Länder, Provinzen, Gemeinden, Sozialversicherung, Kirchen ufm.) rund 23 Milliarden Mark betragen. Davon haben wir auf gut drei Milliarden, die für Reparationsleistungen und Schuldentilgung und -verzinsung benötigt werden, in den ersten Jahren keinen Einfluß.

Für sozialzweck, allgemeine Fürsorge, Beamtenpensionen und Gehälter werden 16,700 Milliarden oder 83 Proz. aller öffentlich-rechtlichen Ausgaben benötigt, auf die wir Einfluß nehmen können. Aus öffentlich-rechtlichen Mitteln bekommen gegenwärtig Renten oder Unterstühtungen (die Renten- und unterstühtungsberechtigten Familienangehörigen einbezogen, aber abzüglich der Doppelzahlungen) gut 12 Millionen Personen oder nahezu 20 Proz. der deutschen Gesamtbevölkerung. Diese Zahl ist in Wahrheit größer,

weil bei den Beamtenpensionären und deren Familien sowie Hinterbliebenen genaue Ziffern nicht zu ermitteln sind.

Von den Ausgaben der Sozialversicherung entfallen etwa 40 bis 45 Proz. nicht auf Renten und Unterstühtungen, sondern auf Arztbesuche, Arznei, Heilbehandlung, Wochenhilfe, Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, Verwaltung ufm.

alles Ausgaben, die mit Rentenpsychose nichts zu tun haben—, so daß auf Renten und Unterstühtungen in der gesamten Sozialversicherung, einschließlich der Arbeitslosen und Kranken, etwa 3,5 Milliarden Mark entfallen, während die Beamtenpensionäre, die Kriegsbeschädigten und die Kleinrentner, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, etwa 3¼ Milliarden Mark an Renten und Unterstühtungen beziehen. Von den 20 Milliarden Mark Ausgaben, auf die wir Einfluß haben, lassen sich allerlei Ersparnisse machen, wenn eine Stelle (beispielsweise Reichsregierung und Reichstag) über diese Mittel nach einem einheitlichen Willen und einheitlichen Gesichtspunkten Anordnungen treffen könnte.

Ueber diese Ausgaben verfügen gegenwärtig das Reich, 17 Länder, über 60000 Gemeinden, 1500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften, 35 Landesversicherungsanstalten ufm.

In diese Dinge einzudringen, soll Aufgabe mehrerer Ausgaben-senkungsgesetze sein, die demnächst dem Reichstag vorgelegt werden. Im Mittelpunkt des innerpolitischen Streits steht seit einem Jahr das Arbeitslosenproblem. Im Jahre 1930 dürfte die Arbeitslosigkeit wesentlich größer sein als im Jahre 1929. Die bis jetzt noch fehlenden zwei Milliarden Mark für die deutsche Bauwirtschaft im Vergleich zum Vorjahre bedeuten 500 000 bis 600 000 Arbeitslose. Diese eine Tatsache wirkt sehr viel stärker auf den Etat der Arbeitslosenversicherungsanstalt zurück, als alle ausdehnenden Reformen und Verbilligungsmassnahmen.

Und hier sind wir an der Stelle angelangt, wo Wirtschafts- und Sozialpolitik miteinander korrespondieren und die beiderseitigen Interessensphären auf einer einheitlichen Linie sich begegnen. In neuerer Zeit wird wieder der Satz stark variiert „hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt“. Dieser Satz enthält für Deutschland nur eine Teilwahrheit. Ich bin überzeugter Anhänger aller Maßnahmen, die geeignet sind, die deutsche Landwirtschaft wieder zur Rentabilität zu bringen. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, wo wir gegenwärtig gesamtwirtschaftlich stehen. An Löhnen und Gehältern werden in Deutschland gezahlt an 46 Milliarden Mark. Diese Ziffern zeigen, was die deutsche Ausfuhr und was insbesondere die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger für die deutsche Volkswirtschaft bedeuten. Von den 46 Milliarden Löhnen und Gehältern entfallen auf Beamte und Pensionäre 9,6 Milliarden, auf die höheren Angestellten in der Privatwirtschaft, die nicht der Sozialversicherung unterstellt sind, 3 bis 4 Milliarden und auf die sozialversicherungs-pflichtigen Arbeiter und Angestellten 33 bis 34 Milliarden Mark. Größere Ersparnisse sind erst dann bei der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege möglich, wenn wir in absehbarer Zeit zu halbwegs günstigen und konsolidierten Wirtschaftsverhältnissen kommen. Für Arbeitslose und Wohlfahrtsunterstühten müssen im laufenden Jahr über drei Milliarden Mark aufgewendet werden. Davon kann bei Verbilligung des Arbeitslosenproblems rund die Hälfte gespart werden.

Als erster Diskussionsredner wendet sich

Abg. Grafmann (Soz.)

gegen Stegerwalds Vorschläge auf Ersparnisse in der Krankenversicherung. Es bedürfe nur einer Vereinheitlichung der Krankenkassen und der zahlreichen Werkstätten, um wirkliche Ersparnisse zu machen. Die Schäden der Nationalisierung müßten endlich ausgeglichen und eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden. Der Abbau der heutigen Mehrarbeitszeit ist dringend erforderlich, angesichts der Besetzung der Konsumenten durch neue Zölle und Mieterhöhungen müsse der von der Industrie betriebene Wohnbau mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. In Sachsen stehen 150 000 Mann im Arbeitskampfe, in Mitteldeutschland sei durch einen Schiedspruch die Gefahr der Verlängerung der Arbeitszeit erhöht worden. Im Mansfelder Bergbau stehen 15 000 bis 16 000 Mann mit ihren Familien vor dem Erwerbsloseneind. Die fortgesetzten Stilllegungen und die Einlegung von Feierschichten im Bergbau seien unerträglich. In der Krisenfürsorge müsse ein Ausbau erfolgen, wenn nicht unumgängliche Besetzungen für die Gemeinden eintreten sollen. Der Redner gibt Zahlenmaterial über das bedrohliche Anwachsen der Wohlfahrtsverwerbslosen und richtet an den Arbeitsminister die Frage, wie sich die Reichsregierung die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge denkt.

Gasunglück in Köpenick.

Arbeiter und eine Frau Opfer einer undichten Leitung.

In der Färberstraße 19 in Köpenick ereignete sich in der vergangenen Nacht ein schweres Gasunglück, das erst heute vormittag durch die Aufmerksamkeit von Hausbewohnern entdeckt wurde. Leider ist dabei auch wieder ein Todesopfer zu beklagen.

Gegen 11 Uhr vormittags bemerkten Mieter des Hauses Färberstraße 19 starken Gasgeruch, der aus der Wohnung des 33jährigen Arbeiters Georg Przychycki kam. Da auf Klopfzeichen nicht geantwortet wurde, benachrichtigten die Beute Polizei und Feuerwehr. Die Beamten drangen in die Wohnung ein und fanden in dem völlig mit Gas erfüllten Schlafzimmer den Wohnungsinhaber und seine um ein Jahr ältere Frau bewußtlos auf. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehrmänner waren nur bei der Frau von Erfolg; in bedenklichem Zustande mußte sie ins Köpenicker Krankenhaus gebracht werden. Die Leiche des Mannes wurde beigeschlagen.

Nach den polizeilichen Ermittlungen ist das Ehepaar das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Sämtliche Gasohlföhren waren geschlossen. Es scheint, daß die Gasmenge in einer schadhaften Stelle der Hauptleitung entwichen sind.

Grubenunglück in Oberschlesien

Wieder drei Bergleute verschüttet.

Gleiwitz, 14. Mai.

Auf der zum Dehringen-Bergbau gehörigen Zechenanlage Sosnha in Gleiwitz ereignete sich gestern ein schweres Unglück, das höchstwahrscheinlich drei Todesopfer forderte. Um 12 Uhr ging im Heintz-Flöz ein Pfeiler zu Bruch, wodurch drei Mann verschüttet wurden. In der vergangenen Nacht gelang es, einen Häuer tot zu bergen, während die beiden anderen zwei Förderseile noch eingeschlossen sind. Anzeichen, daß sie noch am Leben sind, liegen nicht vor. Man hofft, sie noch im Laufe des heutigen Vormittags bergen zu können.

Auf der 365-Meter-Sohle des Androas-Flözes der Kontordigrube, auf der sich am Montag die schwere Schlagwetterkatastrophe ereignete, verunglückte am Dienstag durch giftige Gase der Maschinist Kurt Schmidt aus Sorau R.-L. tödlich. Von den drei Schwerverletzten, die die Schlagwetterkatastrophe auf der Kontordigrube am Montag forderte, ist gestern nachmittag ein Häuer seinen Verletzungen erlegen. Bei den beiden anderen Schwerverletzten ist inzwischen eine Besserung eingetreten und man hofft, sie am Leben erhalten zu können.

Arbeitszeitabkommen abgelehnt.

Der Schiedspruch für die mitteldeutsche Metallindustrie

Wernigerode, 14. Mai. (Eigenbericht.)

Eine Konferenz der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Bezirke der mitteldeutschen Metallindustrie tagte am Dienstag in Wernigerode und beschloß einstimmig, den am 12. Mai in Halle gefällten Schiedspruch über das Arbeitszeitabkommen für die Bezirke Halle, Magdeburg, Naumburg und Thale am Hartz abzulehnen. Nach dem bisherigen Abkommen konnte die Arbeitszeit bis zu 52 Stunden verlängert werden, nach dem Schiedspruch sollte sie bis zu 51 Stunden verlängert werden können.

Steinarbeiter für Invalidenhilfe.

Die Abstimmung im Zentralverband der Steinarbeiter über die Einführung der Invalidenunterstützung hat die Annahme der Verbandsvorlage ergeben. Die Beteiligung an der Abstimmung war verhältnismäßig gering, was die Verbandsleitung auf die große Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterberuf zurückführt. Zur Zeit der Abstimmung waren noch fast 50 Proz. der Mitgliedschaft ohne Arbeit.

Von 67 982 Mitgliedern sind 40 943 gleich 60,2 Proz. der Gesamtmitgliedschaft zur Wahlurne gegangen. Von den Abstimmenden haben 30 309 gleich 74 Proz. für die Invalidenunterstützung und 10 145 gleich 26 Proz. dagegen gestimmt. In 178 Zahlstellen von insgesamt 718, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten die Mitglieder geschlossen für, in 34 Zahlstellen geschlossen gegen die Einführung der Unterstützung. Der Gau Berlin des Steinarbeiter-Verbandes steht sowohl hinsichtlich der Beteiligung wie der Abstimmung selbst am schlechtesten da. Von 5393 Mitgliedern haben sich nur 2517 = 46,6 Proz. an der Abstimmung beteiligt und davon wiederum für die Invalidenunterstützung nur 60 Proz. gestimmt.

Interessant ist der Vergleich mit der Abstimmung auf dem letzten Verbandstag in Berlin. Hier sprachen sich 28,7 Proz. der Delegierten für die Invalidenunterstützung und 71,3 Proz. dagegen aus. Das damalige Abstimmungsergebnis hat sich also gerade in das Gegenteil verkehrt, was gleichfalls nach der Meinung des Verbandsvorstandes nur auf sachliche Ursachen zurückzuführen ist. Die Beitragserhöhung um 10 Proz. pro Woche für den Invalidenfonds tritt am 1. Juli in Kraft, während die Gegenleistung der Organisation am 1. Oktober beginnt.

Schweden gibt ein gutes Beispiel.

Wird Deutschland ihm folgen?

Der schwedische Reichstag hat dem Internationalen Übereinkommen, betreffend den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeitnehmer gegen Unfälle zugestimmt. Dem Reichstag war für die Beratung der Übereinkommensvorlage von dem konservativen Sozialminister ein ausführlicher befürwortender Bericht zugeleitet worden. Der Minister bedauert an dem Übereinkommen

das Fehlen des Grundgesetzes der Gegenseitigkeit und empfiehlt zwecks Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen schnellstens Verhandlungen mit allen interessierten Staaten aufzunehmen. Zur Empfehlung des Übereinkommensentschlusses, wonach bei der Ausarbeitung der entsprechenden Vorschriften durch die Behörden die Berufsverbände der Unternehmer hinzugezogen werden sollen, bemerkt der Minister in seinem Bericht, daß die Empfehlung für Schweden keine besondere Maßnahme erforderlich mache, da dieser Grundgesetz in Schweden allgemein beachtet werde.

Für Deutschland gelten in noch höherem Maße die gleichen Gründe, die in Schweden die Regierung und den Reichstag zur Ratifizierung des Übereinkommens veranlaßt haben. Die Schutzbestimmungen für die gefährliche Hafnarbeit sind in Deutschland viel unzureichender als in Schweden. Trotz der über dem Durchschnitt liegenden Unfallziffer der Hafnarbeiter hat das Reichsarbeitsministerium allem Anschein nach nicht die Absicht, die Ratifizierung des internationalen Schutzübereinkommens vorzubereiten. Jeder Versuch des Gesamtverbandes, der zuständigen Organisation der Hafnarbeiter, beim Reichsarbeitsministerium eine Aussprache über diese wichtige Frage herbeizuführen, war bis jetzt ergebnislos.

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Süden-Westen.

Ornen und Grabdenkmäler



Genossen! Unterstützt Eure eigenen Betriebe!
Deckt Euren Bedarf an Ornen u. Grabdenkmälern nur in der **Steinmetzhütte**, Gemeinnützige G. m. b. H., Baum- schulenweg, Klefholzstr., gegenüber d. Krematorium. Tel.: F. 3. Oberspreewäld. Lieferung nach allen Friedhöfen in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma achten. Sonntags geöffnet.

Das reine Roggenbrot aus der **Feronia-Brotfabrik**
Echtes Kommißbrot **Gebrüder Hagen**
Berlin-Schmargendorf, Salzbrunner Straße 18/20. Fernspr. Brabant 1418

Frisier-Salon
H. Rausch
Bethanien-Ufer, Ecke Adalbertstraße gegenüber dem Gewerkschaftshaus

BERLINER ELEKTRO HÜTTE G. M. B. H.
Unser gemeinwirtschaftliches Unternehmen bietet die größten Vorteile bei Installationen u. dem Bezuge von Beleuchtungskörpern und sonst. elektr. Bedarfsartikeln.
BERLIN SO 36, ELISABETH-UFER 5-6
TELEPHON: F 1 MORITZPLATZ 976

VOLKS-FEUERBESTATTUNGS-VEREIN V.V.A.B.
1913
UNTER REICHAUFSICHT
Nach dreimonatiger Mitgliedschaft unbedingten Rechtsanspruch auf kostenlose, pietätvolle Bestattung
Kein Kirchenaustritt erforderlich
Man verlange kostenfreie Zusendung eines Prospekts oder Vertreterbesuch
Haupt-Geschäftsstelle: Berlin N. 4, Invalidenstr. 110
Fernruf Norden 3883-88, 3844

Fromm's Act
Gegen Infektion
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich



Greif Camembert
die führende Marke
Erhältlich in allen Lebensmittel- und Feinkostgeschäften



GEBRÜDER GROH
Gegründet 1882
Butter / Käse / Eier
Kolonialwaren aller Art
60 eigene Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins
10 eigene Dampfmolkereien

TACO bietet jedem Auto Schutz gegen Unfall sowie stoßfreie weiche Federung!
Verlangen Sie Prospekte:
"TACO" Bln.-Chthl., Schloßstraße 69, Kraftfahrzeug-Werkst. Tel.: Wilt. 9223, 9224-24

SV-Feinsoda
für Wäsche, Küche und Haushalt
das Billigste!!!



STOLPER JUNGCHEN
VOLFFETTER CAMEMBERT
In allen Butter- und Käsegeschäften zu haben.



Asphalt-Fabrik F. Schlesing Nachf. Akt.-Ges.
Asphalt-Arbeiten aller Art
Spezialität: Hartgußasphalt
Isolierungen und Dacharbeiten
Berlin NW 87, Kaiserin-Augusta-Allee 104-106
Fernsprecher: Hansa 940 und 2181

Klischees
Galvanoplastische Werkstätten
K.-G. Baum & Co.
SW 68, Alte Jakobstraße 144
Telephon: Dönhoff 890-891



Gläß & Ihle
Maschinenbau- und Reparatur-Werkstatt für graphische Maschinen
Berlin SW 68, Simeonstraße 11
Tel.: Dönhoff 4204 Nachruf: Boerwald 2542

Groß-Destillation August Schulz
Dresdener Straße 135
Kottbuser Tor

Humboldtmühle Akt.-Ges. Berlin.
Berlin C, Burgstraße 26. - Telephon: Norden 2082-84.
Roggenmehle: „Schloßmarke“, „Humboldtmarke“
Weizenmehle: „Merkur 000“, „Merkur Spez. 0“
Auszugmehle: „Wiener“, „Oceana“, „California“

OPTIK UND PHOTO
Lindenstraße 106
Lieferung sämtlicher Krankenkassen Stoff, opt. Optiker

Böttcher-Walzen sind die besten!

Bandagen - Lüneberg
Holzmarktstr. 11 a. d. Jannowitzbrücke
Bruchbänder - Leibbinden
Gummistrümpfe - Plattfußeinlagen
Eigene Fabrik u. eigenes Heilmittel-Institut
Lieferant für sämtliche Krankenkassen

Gaststätte
vormals „Zum Kakespecht“
Inhaber: Mathias Schröder
Mauerstr. 87 89
Zenitum 8964
Das Haus der guten Küche
Eigene Hausschlachterei

Wäsche nach Gewicht
bodenfertig - getrocknet - gemangelt von 20 Pfund an.
Feine Herrenwäsche / Gardinenreinigung
Dampfwascherei „Sophie Charlotte“
Gebr. 1897, Charlottenburg, Spreestraße 35. Fernruf: C 4, Wilhelm Nr. 313

C. Hartseil, Wäsche-Verleih
Telephon: Moritzpl. 918. S 42, Fürstenstr. 20
Wäsche aller Art
Gute Beschaffenheit, kalante Bedingungen!

Alexander Michel
Haus- und Leibwäsche
Spezialität: Berufskleidung
von der einfachsten bis zur besten Stoffart
Bei soliden Preisen sorgfältigste Behandlung
50, Mariannenstr. 31, Tel.: Moritzpl. 551

Baugenossenschaft
Hoch- u. Tiefbau
Fernruf: Friedrichshagen 6324 und 6825
BERLIN-FRIEDRICHSHAGEN • KLUTSTR. 8

J. L. Lindenberg & Co. G. m. b. H.
NO 18, Große Frankfurter Straße 60-61
Glas - Porzellan - Steingut
Großhandlung
Lieferant nur an Wiederverkäufer.

Hermann Hussack
Tapetengroßhandlung, Neukölln, Berliner Str. 27
Neue Muster 1930 von 25 Pfennig an

Julius Ehl Aufzüge
Reparaturen
Neulieferungen
Bln.-Wilmerdorf, Tübinger Str. 2 / Tel.: Platzburg 1433

HUZI
GROSSDESTILLATION
Prinzessinnenstrasse 17
invaliden- Ecke Ackerstrasse
Ritter- Ecke Brandenburgstr.

Gebrüder Huth
Sahne-Großhandlung
Gegründet 1861
Berlin 50, Oranienstr. 195
Lieferant erster Konditoreien
Eigene Dampfmolkereien
Fernspr.: Moritzplatz 989 u. 16792

Friedrich Hädicke
Be- und Entwässerung / Sanitäre Anlagen
SW 68, Lindenstraße 2
Farben * Lacke * Tapeten
Reiche Auswahl, billigste Preise
Meine seit 35 Jahren bestehende Firma
bürgt Ihnen für allerbeste Qualitäten
C. Hüticke, Berlin 50
76 Adalbertstraße 76